

Reden Demonstration „Wem gehört Zürich?“, 26.10.2013

«Wir Zwangssparer finanzieren die Seefeldisierung mit»

Urs Frey, Präsident Quartierverein Riesbach

(Text in der Demo-Zeitung)

«Go West!»

Vesna Tomse, „Recht auf Stadt“

Die Gentrifizierungsmaschine rollt westwärts. Mit ihrem Tross von InvestorInnen und StadtplanerInnen walzt sie seit vierzig Jahren vom Seefeld über das Aussersihl und Wiedikon nach Altstetten. Auf der Strecke bleiben dabei Familien, SeniorInnen, junge Menschen, MigrantInnen, ArbeiterInnen – überhaupt alle, die sich Zürich nicht mehr leisten können. Man kann es sich fast nicht mehr vorstellen: Hier im Dörfli traf sich in den 60er bis hinein in die 80er Jahre die Alternativ-, Kunst- und Designszene. Im „Maröggli“, dem Türk, im „Bluetige Dume“, dem Malatesta, im Odeon, der Bodega oder der Züri Bar trafen sich jene, die man heute „Kreative“ nennt. In Seebach und Hottingen wohnten diese in Kommunen wie der Platte 27 an der Plattenstrasse, der Hegibach an der Hegibachstrasse oder an der Hottingerstrasse. In den 80ern wurde dann der Strich und die Drogenszene aus dem Osten Zürichs vertrieben und die Mieten stiegen sofort an. Heute ist das Dörfli Teil der Tourismusindustrie und dient den Reichen als Pied-à-Terre; das Seefeld ist sogar supergentrifiziert, die global class der internationalen Jetsetter verdrängt also bereits mittelständische Familien.

Das Aussersihl erlebte ein ähnliches Schicksal: Als Ende der Siebzigerjahre während der Krise die Saisoniers aus ihren Wohnungen im Kreis vier weggeschickt wurden, bildete sich dort in den 80er- und 90er Jahren ein dichtes Netz von Wohngemeinschaften, Quartier- und Kulturzentren, besetzten Häusern und jungen Genossenschaften. Denken wir an die Bäcki, die legendäre Wohlgroth oder das Egocity. Nur gerade jene Projekte, die sich den Raum aneigneten wie die jungen Wohnbaugenossenschaften Dreieck, Hellmi oder Durchbruch bzw. der heutige Club Kanzlei konnten bleiben. Ein Grossteil alternativer unkommerzieller Projekte fiel der Aufwertung durch Projekte wie Langstrasse plus und der Europaallee zum Opfer.

Die „Kreativen“ zogen also weiter, immer den Industriearealen und Arbeiterquartieren nach. Als in den 90er-Jahren Industrieareale in Zürich West frei wurden, siedelten sich dort sofort Kreativbetriebe an, wurden Kulturzentren wie der Glacégarten oder Clubs wie die Dachkantine oder das X-ra an. Doch bevor das ehemalige Industriegebiet trendy werden konnte, kamen die Planer und Investoren. Den Rest der Geschichte kennt ihr: Ein Multiplex-Kino auf dem Steinfels, Galerien auf dem Löwenbräu, Prime und Mobimo-Tower auf dem Maag und bald werden vielleicht noch die letzten Clubs auf dem Gerold-Areal dem Kongresszentrum weichen müssen.

Nun ja – nun sind die Kreativen in Altstetten. Die Autonome Schule in der Zwischennutzung der Zitrone an der Badenerstrasse, der Autonome Beautysalon und migrantische Kulturclubs auf dem Labitzke-Areal, die Familien Wucher im Koch Areal und rundherum Dutzende von Ateliers des Kreativgewerbes. Doch alle diese Areale gehören bereits potenten Eigentümern wie der UBS oder der Mobimo, sie haben Altstetten unter sich aufgeteilt, das westlichste Stadtquartier von Zürich. Nun stellt sich also die Frage: Wo sollen nun die Kreativen und mit ihnen alle anderen finanziell schwächeren BewohnerInnen und Kleinbetriebe in Zürich noch hin?

«Global City Zürich – Vermögen vermehren, Platz beanspruchen»

Philipp Klaus INURA

Global Cities sind die Entscheidungs- und Steuerungszentralen der globalen Ökonomie. In ihnen haben Global operierende Unternehmen ihre Hauptsitze. Denn hier finden sie die Spezialisten, die sie für ihre Strategien benötigen: Anwaltskanzleien, Steuer- und Unternehmensberatungsfirmen, IT-Spezialisten, die Medien etc.

Die Global City These zeigt aber nicht nur durch die Glitzerwelt und Machtkonzentration der Weltwirtschaft, sondern auch den tiefen Graben zu all jenen, die das normale Leben aufrecht erhalten, die putzen, Kinder betreuen, reparieren, chauffieren, servieren, KünstlerInnen, Bauarbeiter etc. etc., die mit ihren Löhnen kaum die Mieten, Ferien, Krankenkassenprämien zahlen können. Hinzu kommen StrassenverkäuferInnen, Arbeitslose, Obdachlose, Rechtlose.

Zürich verdankt den Titel Global City in erster Linie dem Finanzsektor und dabei der Tatsache, dass die Zürcher Banken Vermögen aus der ganzen Welt verwalten – und vermehren. Die UBS, die in Zürich immer noch keine Steuern bezahlt, ist 2013 wieder die grösste Vermögensverwalterin der Welt. Die CS liegt auf Platz 5, die Genfer Pictet-Bank auf dem 10., Bank Julius Bär auf dem 16, die Genfer Lombard Odier auf dem 19 Platz. Zusammen verwalten diese fünf Schweizer Banken 3'260Mia USD. Das sind 30% der Vermögen, die die 20 grössten Banken weltweit verwalten!

In den letzten 20 Jahren des Neoliberalismus vermehrten sich unglaubliche Vermögen, währenddem permanent auf den Staat und den Abbau seiner Leistungen im Gesundheits-, Sozial-, Erziehungswesen und der Kultur gezielt wurde, Gesetze abgebaut und Steuern gesenkt. Die Banken nehmen Einfluss nicht nur national, sondern auch in Zürich Einfluss auf das politische Leben. So engagierte sich die Bank Bär finanziell im Zürcher Parkplatzstreit oder in der Kampagne für die Steuergesetzrevision oder gegen die Abzockerinitiative.

Unter Konkurrenzdruck haben sich die Städte weltweit für Wohlhabende und Privilegierte aufgerüstet – mit Ordnungskräften, VIP-Lounges, Stararchitektur. Der Wettbewerb um die Reichen hat Villenquartiere und Terrassensiedlungen entstehen lassen, bei uns an der Goldküste, im steuergünstigen Kanton Schwyz, in Freienbach und Wollerau. Und seit einigen Jahren wird auch in innerstädtischen Gebieten, im Seefeld und in den ehemaligen Industriearealen wie in Zürich West heftig investiert. In diesen Immobilien werden Gelder angelegt oder parkiert. Die Wohnungen haben riesige Grundrisse und oft wohnen kaum mehr als 1 oder zwei Personen darin, und erst recht nicht in den Zweit-, oder Dritt- oder Viertwohnsitzen.

Und die Unverfrorenheit hat zugenommen. So wirbt die börsenkotierte Immobilienfirma PSP (Sitz in Zug und Zürich) für den Kauf von Wohnungen im Löwenbräuareal (Kreis 5): „Wenn Sie nicht nur mittendrin, sondern auch darüber wohnen wollen“. Symptomatisch: über uns anderen BewohnerInnen des Kreis 5.

Die Wohlhabenden nehmen sich den Platz, den sie bekommen, nicht nur in den Wohnungen; auch in den Strassen. Immer grössere Autos, immer weniger Platz für Velos. Die Kreativen werden aus den Industriearealen vertrieben. Die Mieten sind stark gestiegen. Häuser kaufen für

Kollektive, für Genossenschaften sind mit seltenen Ausnahmen ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Es ist eng geworden in der Global City.

„Abriss auf Vorrat, Zerstörung von Wohnraum“

Autonomer Beautysalon

"Abriss auf Vorrat" - ein Spruch, der durch seine zigfache Wiederholung schon fast sinnentleert und bedeutungslos wirkt. Doch was steht dahinter? Es geht darum, dass ein Haus, ein zu Hause, ein Arbeitsort oder einfach Lebensraum zerstört wird, und Menschen auf die Strasse gestellt werden, ohne dass es dafür eine zeitliche Notwendigkeit gibt. Manche Besitzer der knappen und lebenswichtigen Ressource Wohn- und Lebensraum berufen sich ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Verantwortung und Not auf ihr Eigentumsrecht und sagen: "Lieber eine Brache oder Ruine, die macht weniger Aufwand, als ein Haus voller Menschen und Leben." Wenn noch keine Baubewilligung für ein neues Projekt vorliegt, kann nach einem Abbruch viel Zeit, Monate oder sogar Jahre, vergehen, bis die ersten Baumaschinen auffahren. In all dieser Zeit hätten Menschen in den vorzeitig zerstörten Häusern leben, arbeiten und träumen können, aber eben wo es um Geld und Eigentum geht, ist der Mitmensch zweitrangig und ärgerlich. Es ist an der Zeit, dass die Politik die Immobilienbesitzer in die Verantwortung nimmt, denn Platz zum Leben brauchen alle Menschen und nicht nur die Besitzenden.

Spekulative Bundes-Bahnen? Nein!

Niklaus Scherr, Gemeinderat Alternative Liste

Die Europaallee und ihre spekulative Verwertung durch die SBB AG hat eine interessante Vorgeschichte. Um 1900, als die Privatbahnen verstaatlicht und in die SBB überführt wurden, kam es zum offenen Streit zwischen Stadt und Kanton Zürich, der privaten, von Escher gegründeten Nordostbahn (NOB) und dem Bundesrat. Die NOB wollte das 8 Hektaren grosse Areal der heutigen Europaallee, das nach der Verlegung des Güterbahnhofs nicht mehr bahnbetrieblich genutzt wurde, von der Verstaatlichung ausnehmen und für private Spekulationszwecke nutzen.

Mit einer Beschwerde an den Bundesrat und die Bundesversammlung gaben Stadt- und Regierungsrat Gegensteuer. Am 31. Oktober 1900 reisten drei Stadt- und drei Regierungsräte nach Bern, um bei Bundesrat Zemp vorzusprechen. Mit vollem Erfolg: Sie setzten die volle Verstaatlichung aller NOB-Areale auf Stadtgebiet durch und verpflichteten die NOB/SBB zudem auf Erstellung einer Verbindungsstrasse im Bereich der heutigen Lagerstrasse. Ohne diese Verstaatlichung wäre die Sihlpost nie gebaut worden. Und bei ihrem Bau 1926 trat die SBB das Land für die Verlängerung der Kasernenstrasse unentgeltlich ab und finanzierte die Hälfte der Baukosten der Postbrücke.

Der Wohnanteil-Bschiss

Das war früher. Heute verwertet die SBB AG ihre Ländereien wie ein beliebiger Spekulant – ein Szenario, von dem die private NOB 1900 vergeblich träumte. Mit dem 2006 trotz Referendum angenommenen Gestaltungsplan „Stadtraum HB“ wurde eine massive Aufzoning bewilligt. Auf den einzelnen Baufeldern ist eine bauliche Ausnützung von über 550% erlaubt – ein stadtweiter Rekordwert. Um Grüne und SP ins Boot zu holen, wurde der Wohnanteil im hinteren Arealteil von 20% auf 40% heraufgesetzt. „Rund 500 Wohnungen entstehen im Stadtraum HB Zürich“,

schrieb der Stadtrat im September 2006 in der Abstimmungszeitung. „Mehr als ein paar teure Luxus-Lofts liegen nicht drin“, konterten damals die Gegner. Jetzt, wo alle Wettbewerbe abgeschlossen sind, zeigt sich die vernichtende Bilanz, die uns Gegnern recht gibt. Insgesamt entstehen bloss 373 statt 500 Wohnungen, der restliche Wohnanteil wird in Form von Hotelzimmern im 25-hours-Design-Hotel Ecke Lagerstrasse/Langstrasse „realisiert“ ...

Exorbitante Bodenpreise

Der Wohnungsmix sieht 115 luxuriöse Eigentumswohnungen, 72 Apartments in einer Seniorenresidenz „für gehobene Ansprüche“ sowie 186 Mietwohnungen vor. Die 3.5- und 4.5-Mietwohnungen auf Baufeld E sind für schlappe 4'900 bis 5'900 Franken zu haben. Die 46 Eigentumswohnungen mit 2.5 bis 4.5 Zimmern auf Baufeld G wurden anfangs 2013 zu Mindestpreisen zwischen 1.5 und 2.7 Millionen Franken an die Meistbietenden versteigert. Daraus errechnet sich ein Bodenpreis von sagenhaften 71'000.- pro m2. Bereits 2010 hat die SBB in der Europaallee für 26'931.- pro m2 eine Baulandparzelle an die UBS verkauft und 200 Millionen kassiert.

Private Aneignung von Mehrwert stoppen

Dieser enorme Mehrwert auf den zentralen Filetstücken der SBB ist nur dank Gross-Investitionen und viel good-will der öffentlichen Hand entstanden. So finanziert der Kanton Zürich mit 677 Millionen Franken ein Drittel der Kosten der Durchmesserlinie und des Bahnhofs Löwenstrasse. Diese private Aneignung von mit öffentlichen Mitteln generiertem Mehrwert muss korrigiert werden. Statt jetzt noch Millionen für die Landabtretung zum Ausbau der Lagerstrasse zu fordern, schuldet uns die SBB eine Gegenleistung.

P.S. Die Stadt Zürich verkaufte 1858 und 1861 4'700 m2 Land an die NOB für 4.04 resp. 12.22 Franken pro m2.

Kapitalistische Aufwertungslogik und Verdrängung an der Weststrasse – die Stadt schaut zu

Rahel Nüssli, stadt.labor

Wir stehen hier auf der ehemals «hässlichsten Strasse» von Zürich. Wie man sehen kann ist sie heute eine nette Quartierstrasse. Vor den 1960er Jahren war die Weststrasse auch mal eine nette Quartierstrasse. Dann aber wurde sie als Provisorium Teil der Westtangente. Schon bald drängten sich pro Stunde 1000 Autos und 100 Lastwagen durch die schmale Strasse. Die Lärm- und Luftbelastung überschritten die Immissionsgrenzwerte bei weitem. Ich habe bis vor einem Jahr selber für mehrere Jahre an der Weststrasse gewohnt und weiss, wie es sich anfühlt, wenn vor dem Stubenfenster im ersten Stock die Lastwagendächer vorbei brausen. Wenn lüften auf die Strasse kaum möglich ist. Wenn sich der schwarze Abgasstaub täglich auf den weissen Badezimmerplättli ansammelt und einem der Autolärm in der Wohnung ständig begleitet: es ist verdammt unangenehm. Diese der ähnliche Erfahrungen teilte ich mit 1200 anderen Menschen, die direkt an der Weststrasse wohnten. Diese Menschen hatten mehrheitlich keinen Schweizer Pass und verdienten deutlich weniger Geld als der städtische Durchschnitt – sogar am wenigsten entlang der ganzen Westtangente. Sie wohnten nicht hier, weil es so schön war, sondern weil sie keinen höheren Mietzins zahlen können.

Mit der Eröffnung der Westumfahrung und des Uetlibergtunnels im Jahr 2009 wurde der Verkehr verschoben und die Weststrasse saniert. Aber nicht nur die Strasse, auch die allermeisten Häuser, die meistens ziemlich verlottert waren, werden nun totalsaniert oder abgerissen und neu gebaut. Bereits 2011 wurde jeder zweiten Mieterin gekündigt. In einem Fernsehbeitrag aus dem selben Jahr sagt ein Investor, der an der Weststrasse umbaut, dass sich eine normale Familie die Gegend nicht mehr leisten kann. Diejenigen die Lärm und Abgas meist jahrelang erdulden mussten, müssen nun gehen oder sind bereits gegangen.

Auch ich wohne – wie wohl viele andere – lieber an einer Quartierstrasse als an einer Autobahn, aber der Fall Weststrasse hinterlässt bei mir viele Fragen. Denn Aufwertung heisst meistens auch Verdrängung. Aber die städtischen Behörden schauen der Verdrängung nur zu und monitoren ein bisschen. Erst als die Verdrängung offensichtlich wird, bittet die Stadtentwicklung Zürich die Eigentümer und Eigentümerinnen 2011 in einem Brief um eine sogenannte "möglichst sozialverträgliche Gestaltung der Kündigung". Da frage ich mich schon: Ist denn eine Bitte für "sozialverträgliche Kündigung" das einzige, was den städtischen Behörden noch einfällt? Ansonsten flüchten sich die Vertreterinnen in die Ausrede, die Stadt könne nichts machen, weil sie kein Land besitzt. Das stimmt aber ganz einfach nicht, denn es wären zahlreiche Möglichkeiten vorhanden. Wieso verlangt sie von den Eigentümerinnen und Eigentümern beispielsweise keinerlei Zugeständnisse? Oder wieso bietet sie nicht Hand für solidarische Projekte? Wieso versucht sie nicht, Liegenschaften zu kaufen? Und wieso wird nicht von bestehenden Paragrafen im Raumplanungsgesetz Gebrauch gemacht, die ein Eingreifen ermöglichen würden?

Aber wenn die Stadt offenbar so unwillig ist, den Grundeigentümern irgendwelche zusätzliche Auflagen zu machen, dann frage ich mich auch, was wir machen können, damit sich die pure kapitalistische Stadtentwicklung und damit die Verdrängung wie an der Weststrasse nicht noch einmal wiederholen? Ich hoffe, dass wir auch nach dieser Demo gemeinsam und auch unterschiedlich an solchen Fragen weiterdiskutieren, damit in Zürich Platz für alle bleibt.

Verdrängung aus migrantischer Position

Bah Sadou, Autonome Schule Zürich

(Nur mündlich, Text in der Demo-Zeitung)

Der Blick nach Westen

Thomas, Verein Zukunft Labitzke

Wir sind nun am Ende dieser Demo angekommen – aber eigentlich müssten wir jetzt noch weiter gehen – zum Beispiel in den Westen, nach Altstetten. Denn die Aufwertung und Verdrängung hat ja längst auch die Stadtränder erreicht – die ganze Stadt wird gentrifiziert. Auch die letzten Nischen und Rückzugsorte werden zerstört.

So ein Ort ist zum Beispiel das Labitzke Areal in Altstetten. Eine alte Farbenfabrik, wo es seit 15 Jahren viele WGs, Ateliers, Vereinslokale und Kleingewerbe gibt.

Seit 2 Jahren ist auch noch eine Kulturbesetzung, der Autonome Beautysalon dazu gekommen.

Das ganze Areal wurde von der Mobimo AG gekauft – das ist der drittgrösste Immobilienkonzern der Schweiz, der daran ist, sich die halbe Stadt zusammen zu kaufen. Auf Ende Jahr hat uns die Mobimo allen gekündigt, alle müssen weg, aber wissen nicht wohin. Die Mobimo will teure Wohnungen bauen, die sich niemand von uns wird leisten können. Dabei gibt es noch nicht einmal eine Baueingabe, es wird noch mindestens 1.5 Jahre dauern, bis Mobimo anfängt zu bauen.

Kurz: Es ist ein typisches Beispiel von Abriss auf Vorrat.

Den Leuten am Letzigraben 136 geht es gleich, auch sie müssen Ende Jahr raus, weil Mobimo das Areal gekauft hat. Wir alle kennen Leute, denen das gleiche schon passiert ist.

Darum sind wir heute an diese Demo gekommen.

Ich habe einmal mit einem Nachbarn geredet, der frisch aus Spanien nach Zürich gekommen war. Es ging um den Abbruch der Labitzke und er meinte „das ist ganz einfach, es müssen sich einfach alle Nachbarn zusammen wehren, dann hat die Mobimo keine Chance“.

Es stimmt, es wäre einfach. Aber was er damals noch nicht wusste und unterdessen auch gemerkt hat: Wir haben nicht die Gewohnheit mit unseren Nachbarn zu reden. Wir haben nicht die Gewohnheit uns zu wehren. Wir haben Angst davor, für etwas zu kämpfen. Vielleicht haben wir uns in der trügerischen Sicherheit bequem gemacht, dass es dann schon immer irgendwo wieder weiter gehen wird.

Aber immer öfter heisst das : Zu teuer, zu klein oder zu weit weg. Dabei stimmt es doch: Was ist nahe liegender, als für den Grund und Boden zu kämpfen, auf dem man lebt – für das eigene Dach über dem Kopf – für die Leute, die man um sich hat und mit denen man zusammen leben will. Für unsere Treffpunkte – für lebendige Orte, wo wir machen können, was wir gerne machen, ohne dass wir ständig nur Geld verdienen und Geld ausgeben müssen.

Auf dem Labitzke Areal haben wir angefangen uns zu wehren – aber wir haben nicht mehr viel Zeit. Kommt vorbei, genießt den Ort – kommt zum feiern und um euch zu informieren. Da vorne gibt es einen Wagen mit einer Zeitng, die wir gemacht haben – und eine Petition, die ihr unterschreiben könnt. Wir laden euch alle ein, zusammen für eine farbige Stadt einzustehen.

Züri ghört eus allne.